

EINE SCHEIDUNG ALS AUSWEG AUS DEN JEMENITISCHEN WIRREN?

Reinhard Schulze (FINO)

Die Karten im jemenitischen Krieg scheinen zurzeit neu verteilt zu werden, und offen ist, wer mit wem für die nächsten Runde paktieren wird. Es ist nicht auszuschliessen, dass jener Konflikt an die Oberfläche treten wird, der bislang eher im Hintergrund das Kriegsgeschehen strukturiert hat, nämlich der bis heute nicht bewältigte Konflikt zwischen Nord- und Südjemen.

Die blutigen Angriffe auf Militäreinrichtungen und Polizeiposten in der südjemenitischen Hafenstadt Aden und der angrenzenden Provinz Abyan am 1. und 2. August 2019 weisen auf eine weitere Eskalation des seit 2014 andauernden jemenitischen Kriegs hin. Der erste Angriff am 1. August galt einer Abschlusszeremonie, die von dem sogenannten Security Belt für Rekruten im Militärcamp al-Ġalā' (im Stadtteil al-Burayqa) abgehalten wurde. Mindestens 40 Menschen kamen dabei ums Leben und über 25 weitere wurden zum Teil schwer verletzt. Unter den Opfern befanden sich auch der Kommandeur der südjemenitischen Security Belt-Truppen, Munīr Maḥmūd Aḥmad al-Mišālī, besser bekannt unter dem Namen Abū al-Yamāma al-Yāfi'ī, und sein Sohn. Der Angriff soll mit einer ballistischen Rakete der nordjemenitischen Ḥūṭī erfolgt sein, die vom Flughafen in Ta'izz (ca. 140 km

Luftlinie) abgefeuert worden sei. Wenige Stunden zuvor hatten mehrere Selbstmordattentäter einen Polizeiposten in aš-Šayḥ 'Uṭmān, einem Stadtteil von Aden, angegriffen. Bei der Detonation des mit Sprengstoff beladenen Autos starben elf Menschen und viele wurden verletzt. Tags darauf reklamierten Vertreter der «Provinz Jemen» des sogenannten «Islamischen Staats» die Urheberschaft für diesen Anschlag. Zur selben Zeit hielten Verbände von al-Qā'ida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) eine Militäreinrichtung in al-Maḥfad in der südjemenitischen Provinz Abyan mehrere Stunden lang besetzt und töteten dabei 20 Soldaten. Und am selben Tag feuerten Einheiten der nordjemenitischen Volkskomitees nach eigenen Angaben eine ballistische Rakete auf ein Militärlager bei der Stadt Dammām im Osten Saudi-Arabiens. Über Schäden wurde bislang nichts berichtet.

EINE NEUE OFFENSIVE DER NORDJEMENITISCHEN ḤŪṬĪ?

Gesicherte Informationen zu den Hintergründen und Zielen dieser Angriffe gibt es noch nicht. Die Angriffe auf die Militäreinrichtungen in Aden und Dammām sind Teil einer Offensive, die die Truppen der Anṣār Allāh, wie die ḤŪṬĪ sich selbst bezeichnen, Mitte Juli 2019 begonnen hatten. Sie wurde eröffnet, nachdem die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) am 8. Juli den Rückzug ihrer Truppen aus dem Jemenkrieg angekündigt hatten. Die VAE verkündeten stolz, dass sie ihre Kriegsziele erreicht und nun durch politische und diplomatische Initiativen absichern wollten. Dazu gehörte der Teilrückzug, der als vertrauensbildende Massnahme zu verstehen sei, wie der Aussenminister der VAE Anwar Gargash am 22. Juli in einem Kommentar in der *Washington Post* behauptet hatte. Die ḤŪṬĪ ihrerseits hatten angekündigt, «militärische Hauptquartiere, Lager und lebenswichtige Einrichtungen innerhalb Saudi-Arabiens, den VAE und ihrer Militärbasen im Jemen» anzugreifen, so die Nachrichtenagentur der nordjemenitischen Regierung. Man werde alle Militäroperationen einstellen, sobald die von Saudi-Arabien geführte Koalition ihre Operationen einstellt. Die Nordjemeniten wollen damit nicht nur ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen, nachdem sie der Region Hodeida von den Koalitionstruppen in die Defensive gedrängt worden waren, sondern auch zeigen, dass sie in der Lage sind, überall zuzuschlagen. Und schliesslich wollen sie zeigen, dass sie mit ihren oft als veraltet bezeichneten Waffen in der Lage seien, präzise und alleine militärische Einrichtungen zu treffen, während die Koalition trotz ihrer modernen Waffentechnologie in erster Linie Zivilisten im Visier hätten. Tatsächlich waren von 2015 bis 2018 bei über 100 Luftangriffen der Koalition in nordjemenitischen Städten und Dörfern fast 3'000 Menschen, mehrheitlich Zivilisten, getötet worden.

Doch der Angriff auf die Einheiten der 2015 von südjemenitischen Sezessionisten gegründeten Security Belt Forces war wohl anders als geplant verlaufen. Zwar waren die ḤŪṬĪ auch im Nachhinein noch stolz auf die Leistung ihres Gemeindienstes, wie schon bei einer ähnlichen Attacke im Januar 2019 das Ziel so präzise definiert zu haben, doch gleichzeitig wurden Stimmen laut, demnach sie das eigentliche Ziel wohl verfehlt hätten. So bedauerte der stellvertretende Aussenminister des Nordens, Ḥusayn al-'Izzī, in einer Twitternachricht den Tod von Abū al-Yamāma und wies darauf hin, dass die «7/7-Bande», wie er die Gruppe um den Präsidenten 'Abd Rabbihi Maṣṣūr Ḥādī zu nennen pflegt, kurz vor dem Angriff wichtige Vertreter des Südens vor einer Teilnahme an der Zeremonie gewarnt habe. Handelte es sich hier um das Eingeständnis, dass der Eingriff sein eigentliches Ziel verfehlt habe? Schon jetzt kursieren in der Stadt Verschwörungstheorien, demnach die ḤŪṬĪ eine heimliche Allianz mit der Regierung Ḥādī geschlossen hätten, um die Sezessionisten auszuschalten.

Südjemenitische Kommentatoren ihrerseits bezeichneten den Tod von Abū al-Yamāma als «ein tödliches Erdbeben, das den Süden erschüttert hat». Man könne davon ausgehen, dass in Aden die Proteste gegen die Regierung Ḥādī und gegen die ḤŪṬĪ stärker würden. Abū al-Yamāma, 1974 in Yāfi' im Südjemen geboren, hatte seine Militärkarriere in der Armee des Südens begonnen und aktiv an den Kämpfen gegen die Zentralregierung 1994 teilgenommen. Im Rahmen der Proteste von 2007 wurde er zusammen mit dem politischen Repräsentanten der Sezessionisten, 'Aydarus az-Zubaydī von der Regierung Ṣāliḥ zum Tod verurteilt; beide konnten aber unter den Schutz des grössten Stammesverbands des Südens, den Yāfi', flüchten. 2011 beteiligte er sich an der Revolution und profilierte sich militärisch in den Auseinandersetzungen mit den ḤŪṬĪ und Einheiten der AQAP.

Es mag sein, dass die Ḥūṭī in erster Linie die militärischen Vertreter der Hādī-Regierung und nicht unbedingt die Kommandanten der Milizen des Südens treffen wollten. Zu bedenken ist, dass sich die Emirate bislang vor allem als Schutzmacht des «Südlichen Übergangsrates» (*al-maǧlis al-intiqālī*) sahen, also jenes im Mai 2017 gegründeten Staatsorgans, das die Sezession des Südjemen in den Grenzen von 1967 vorbereiten und durchsetzen will. Der Übergangsrat trachtet vor allem danach, die Ḥūṭī und die Einheiten der verbliebenen ultraislamischen Kampfbünde aus dem alten südjemenitischen Territorium zu vertreiben. Unterstützt wird der Übergangsrat von mehr als 90'000 südjemenitischen Kämpfern, darunter von Truppen der Security Belt Forces, Eliteeinheiten aus Šabwa und Ḥaḍramawt, sowie von den eher salafistischen ‘Amāliqa- («Riesen»)- und Abū al-‘Abbās-Brigaden.

EINE JEMENITISIERUNG DES KRIEGS?

Die Regierungsvertreter der Emirate werden nicht müde zu behaupten, das Zurückfahren des militärischen Engagements solle politische Verhandlungen ermöglichen. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass hinter der neuen Friedensrhetorik der VAE das strategische Ansinnen verborgen ist, den Konflikt zu «jemenitisieren» und sich mit den Ḥūṭī auf eine Teilung des Landes zu verständigen. Die Ḥūṭī werden wissen, dass sie militärisch niemals in der Lage sein werden, die Kontrolle über den gesamten, 1990 vereinigten Jemen zu wahren. Irans Aussenminister Zariḥ behauptete zwar, dass der Sieg des «Jemen» (also der Ḥūṭī) über die Koalition «sicher sei», doch dürften selbst hartgesottene Kriegstreiber unter den Ḥūṭī einsehen, dass ein solcher Sieg in weite Ferne gerückt ist. Es könnte also sein, dass sich auch der Norden mit einer Teilung des Landes abfinden könnte.

Das aber setzt voraus, dass Ḥūṭī und VAE stillschweigend eine Art Interessensgemeinschaft bilden und Saudi-Arabien zusammen mit seinem Verbündeten im Land, dem aus Sanaa vertriebenen Präsidenten Hādī, aus dem Konflikt heraus zu drängen. Offiziell würde keine der beiden Seiten dies aber verlauten lassen. Die VAE stellen sich weiterhin und unbekümmert als treue Alliierte der Regierung Hādī, die gegen die "Terroristen aus dem Norden" kämpfe, dar, und die Ḥūṭī ihrerseits reden von den VAE als Dienstherren böswilliger Söldnertruppen. Und die Vertreter der Hādī-Regierung können sich damit brüsten, dass die Regierung immer noch die Gehälter von mehr als 63 Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Sektors im Land auf nationaler Ebene, einschließlich 81'000 Beschäftigter in Gebieten, die von den Rebellionskräften der Ḥūṭī kontrolliert werden, bezahle und dafür auch auf Finanzhilfen von Saudi-Arabien zurückgriffen. Die Ḥūṭī haben allerdings immer wieder darauf hingewiesen, dass die Hādī-Regierung diesen Verpflichtungen nur teilweise nachgekommen sei. Die Regierung zahle zudem regelmässig Renten an über 120'000 Rentner in allen Regionen der Republik aus, wie der Ministerpräsident der Hādī-Regierung Mu‘īn ‘Abdalmalik in einem Zeitungsinterview ausführte.¹ Von diesem Privileg aber profitieren am wenigsten jene Regionen, in denen der alte Gesamtstaat kaum Verwaltungseinheiten aufgebaut hatte; das betrifft vor allem die Region Ḥaḍramawt, deren Vertreter sich bitter über die mangelnde Unterstützung der Hādī-Regierung beklagt haben. Dies gefährdet zunehmend die Allianz zwischen der Hādī-Regierung und der «Tribal Alliance of Hadramout», deren Einheiten bislang entscheidend bei der Einhegung der Herrschaftsbereiche der AQAP in Ḥaḍramawt mitgewirkt haben. Die VAE ihrerseits nutzen diese Unzufrie-

¹ Aden Times 2.8.2019. ‘Abdalmalik (geb. 1977) stammt aus Ta‘izz und war Mitglied des Volkskongresses von Expräsident Šāliḥ. Der Technokrat war im Oktober 2018 von Hādī zum Ministerpräsidenten ernannt worden.

denheit und ermuntern die Eliten von Ḥaḍramawt, in eine Allianz mit den Sezessionisten von Aden einzutreten. Sie machen geltend, dass es ihre Truppen seien, die die Hauptlast im Kampf gegen die AQAP trügen.

AUCH DIE ḤŪṬĪ VOR EINEM STRATEGIE-WECHSEL?

Doch die Strategie der VAE, wenn es sie denn so gibt, geht nur auf, wenn sie zugleich zwei weitere Probleme lösen kann: den Jemen aus dem saudisch-iranischen Proxy-Krieg ausgliedern und zugleich die lokale Parteinahme zugunsten ultraslamischer Kampfverbände wie AQAP und IS zu unterbinden, indem diesen die sozialen Ressourcen entzogen werden. Ersteres dürfte den ḤŪṬĪ nicht leichtfallen. Grosse Teile ihres Militärs haben inzwischen eine feste Bindung an ihre iranischen Kollegen entwickelt. Sie verorten die zayditische ḤŪṬĪ-Tradition inzwischen fest in der neueren schiitischen Tradition, die durch Iran protegert wird und übernehmen manche Propagandamuster, die die Ḥizbullāh in Libanon entwickelt hat. Die Konfessionalisierung der Zayditen als «Schiiten» hat zwar zu einer grossen sozialen Mobilisation geführt und die alte Elitenordnung stark durchgeschüttelt, doch zugleich hat sie den Norden in die Isolation geführt. Teile der ḤŪṬĪ dürften daher ebenfalls Interesse an einer «Jemenitisierung» des Konflikts haben. Die ḤŪṬĪ stützen sich ja vornehmlich auf die Stammesföderation Bakīl, der knapp ein Drittel der jemenitischen Bevölkerung angehören. Ihr althergebrachter Gegner waren die Angehörigen der wirtschaftlich und sozial weitaus mächtigeren Ḥāšid-Föderation, in der vor allem die al-Aḥmar-Familie lange Zeit unter dem gestürzten Präsidenten Ṣāliḥ eine staatstragende Rolle gespielt hatte. Um die Macht im Norden zu konsolidieren, müssen die ḤŪṬĪ daher ihre soziale Machtbasis erweitern, und dies heisst, die Stämme der Ḥāšid-Föderation in das Staatsystem systematisch integrieren. Das aber dürfte sich nicht

einfach bewerkstelligen lassen. So war Anfang Juli 2019 ein Scheich der Ḥāšid von ḤŪṬĪ-Milizionären in dem Stammland der Ḥāšid, ‘Amrān, ermordet und beraubt worden. Der Scheich hatte mit seinen Leuten selbst unter den ḤŪṬĪ gekämpft, hatte sich aber jüngst wieder von ihnen losgesagt. Der Radikalismus der ḤŪṬĪ untergräbt mehr und mehr die Autorität der alten Stammestraktionen und vor allem das seit Jahrhunderten austarierte Gleichgewicht von stammlicher, staatlicher und islamisch-rechtlicher Gewalt. Nicht wenige Scheiche vor allem der Ḥāšid schmachten heute in Gefängnissen der ḤŪṬĪ oder sind ins Ausland geflohen. Zudem sind Teile der Ḥāšid, vor allem die al-Aḥmar-Familie, eng mit den jemenitischen Muslimbrüdern verbunden, die sich politisch in der «Reformpartei» (*ḥizb al-iṣlāḥ*) organisiert hatten und die heute im Norden verboten sind.

DAS KALKÜL DER EMIRATE

Das Kalkül der VAE, sich durch eine Machtteilung auch langfristig das Protektorat über den Süden und damit über die Hafenstädte und die Insel Soqatra ausserhalb der Konfliktzone des arabisch-persischen Golfs zu sichern, dürfte daher wohl nicht so schnell aufgehen. Zudem wächst das Risiko, dass der Konflikt eine neue Dimension annimmt. Denn wenn sich bewahren sollte, dass die ḤŪṬĪ tatsächlich eine ballistische Rakete über eine Strecke von 1'300 Kilometer zielgenau abschiessen können, dann dürfte dies die USA auf den Plan rufen. Sollte sich dies bestätigen, dann dürfte es sich um eine Mittelstreckenrakete iranischer Produktion (wie die *Šahāb*-Raketen) gehandelt haben, und die USA könnten dies als unmittelbare Bedrohung ihrer militärischen Einrichtungen in Saudi-Arabien interpretieren und entsprechend reagieren. Das Stillschweigen um den Angriff auf die Militäreinrichtungen bei Dammām aber lässt vermuten, dass bislang keine Seite ein Interesse daran hat, das Problem weiter aufzuheizen.

Die Emirate haben aber im Jemen noch ein zweites Problem: In Abyan und anderen Provinzen des Südens halten sich immer noch kleine Gebietsherrschaften ultraslamischer Bünde. Dabei konkurrieren AQAP und IS sowie noch andere Splitterbünde um die lokale Macht; ob es zwischen diesen Bündeln Absprachen gibt, lässt sich kaum sagen und dürfte eher unwahrscheinlich sein. In jedem Fall aber stellen sie für den sich neu einrichtenden Südjemen ein massives soziales und Sicherheitsproblem dar, das ohne Mithilfe der VAE auch in Zukunft wohl kaum einzugrenzen ist. Die einvernehmliche Scheidung zwischen Nord- und Südjemen wird aber trotz aller Widerstände eine Option bleiben.

DIE KLUFT ZWISCHEN DEM NORDEN UND DEM SÜDEN

Die Karten im jemenitischen Krieg scheinen zurzeit neu verteilt zu werden, und offen ist, wer mit wem für die nächsten Runde paktieren wird. Es ist nicht auszuschliessen, dass jener Konflikt an die Oberfläche treten wird, der bislang eher im Hintergrund das Kriegsgeschehen strukturiert hat, nämlich der bis heute nicht bewältigte Konflikt zwischen Nord- und Südjemen. Ein kurzer Blick zurück: Die 1967 gebildete Demokratische Volksrepublik Jemen musste nach 1986 zunehmend einen Verlust an Unterstützung durch die DDR und die Sowjetunion kompensieren; Kooperationsangebote der nordjemenitischen Regierung Ṣāliḥ sollten helfen, die postsozialistische Transition der südjemenitischen Verwaltung und Ökonomie einzuleiten. Die Fusion beider Staaten im Mai 1990 war oberflächlich gesehen erfolgreich, doch formierte sich im Untergrund schon bald eine «Bewegung des Südens» (*al-ḥirāk al-ġanūbī*) unter der Patronage des stellvertretenden jemenitischen Präsidenten ʿAlī Sālim al-Bēḍ, der von 1986 bis 1990

Generalsekretär der Jemenitischen Sozialistischen Partei und damit faktisch Staatschef des Südjemen gewesen war. Die Sezessionisten riefen im Mai 1994 die Demokratische Republik Jemen aus, die damals schon von Oman, den VAE und Kuwait anerkannt wurde. Den dreimonatigen Krieg gegen den Norden verloren die Sezessionisten aber, und al-Bēḍ musste in den Oman fliehen. Von dort kehrte er trotz eines Todesurteils, das gegen ihn verhängt worden war, 2009 nach Aden zurück. Damit hatte der Südjemen auch wieder ein politisches Gesicht, das dann durch den Südlichen Übergangsrat klare Züge angenommen hat. Faktisch wird der Südjemen auch durch die Militärmacht von Hādī konfiguriert. Hādī stammt ja selbst aus Abyan im Südjemen und war bis 1986 Angehöriger der südjemenitischen Armee gewesen. 1986 war er seinem Präsidenten ʿAlī Nāṣir Muḥammad im Rahmen des südjemenitischen Kriegs ins Exil in den Nordjemen gefolgt. Rückblickend betrachtet stehen sich heute im Süden wieder die beiden alten Fraktionen gegenüber, die schon von 1978 bis 1990 um die Macht in der Volksrepublik gerungen hatten. Heute kann Hādī für sich immer noch die grössere Gebietsherrschaft im Land reklamieren.

Die Grenzziehung der Machtverteilung im Jemen ähnelt heute weitgehend der politischen Karte des Jemen aus der Zeit vor 1990. Die Ḥūṭī kontrollieren derzeit etwa 80% des Territoriums des alten Nordjemen. Die anfänglichen Versuche der Ḥūṭī, auch im Süden Fuss zu fassen, waren schon bald gescheitert, so dass heute die Frontlinie grosse Ähnlichkeit mit der alten politischen Grenze zwischen Nord- und Südjemen hat.² Umstritten sind zurzeit vor allem die Zugehörigkeit der Hafengstadt Hodeida am Roten Meer, für die nach

² Unter der Kontrolle der Truppen der Hādī-Regierung sind vor allem die östlichen Gebiete der Provinz al-Ġawf, die östliche Provinz Maʿrib und der aus Rote Meer grenzende Teil der Provinz Taʿizz.

dem Abkommen von Stockholm vom Dezember 2018 ein Waffenstillstand gilt, und die Stadt Ta'izz.

UND DIE REGIERUNG HĀDĪ?

Trotz aller Kriegsrhetorik werden sich weder die Ḥūṭī noch die Truppen des Präsidenten Hādī militärisch im ganzen Jemen durchsetzen können. So nähren die Umstände des militärischen Patts die Erwartung, dass sich die Ḥūṭī und die Sezessionisten auf eine Jemenitisierung des Konflikts einigen und dafür eine endgültige Trennung des Nord- und Südjemens akzeptieren. Mit leeren Händen stünde dann der Präsident Hādī da, dessen Hausmacht im Süden des Landes weggeschmolzen ist. Mag sein, dass Saudi-Arabien angesichts dieser Umstände ebenfalls an einer Einhegung des Konflikts interessiert ist und dafür

bereit ist, Hādī fallen zu lassen. Zugleich müssten allerdings die Ḥūṭī ihre Selbstverortung in einer schiitischen Allianz mit Iran zurückstufen, was angesichts der internen Zerwürfnisse unter den zayditischen Gemeinschaften des Nordens durchaus denkbar ist. Doch klar ist: allein eine einvernehmliche Scheidung der beiden Jemen kann diesen Krieg beenden und zur einer Rekonstruktion der sozialen Ordnung führen, die zugleich den ultraslamischen Bündnen ihre Machtbasis entzieht. Ob sich damit aber die potentiellen Verlierer einer solchen Scheidung, die Gruppe um Hādī, sein Militär und vor allem Saudi-Arabien und dessen Verbündete mit einem solchen Ergebnis abfinden können oder ob sie lieber den Krieg verlängern, in der Hoffnung, die Ḥūṭī aushungern zu können, bleibt abzuwarten